

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band II

Gründung des Deutschen Reiches und der 2. Dreißigjährige Krieg

47 Jahre Freiheit + 27 Jahre Unfreiheit

Band II/017

Das Deutsche Reich, Teil 1

Vom französisch-deutschen Krieg 1870/71 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918: 47 Jahre Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen

Es ist eine gute Sache, wenn ein Volk sich seiner Eigenart und Zusammengehörigkeit bewußt wird, seine Geschichte liebt und seine besondere Aufgabe im Zusammenwirken mit anderen Völkern zu erkennen sucht; es gehört auch zu seinen berechtigten Ansprüchen, einen eigenen Staat zu haben. ... Ein Volk zu sein, ein Gefühl zu haben für eine Sache, ... das ist die Religion unserer Zeit ...

Ernst Moritz Arndt (1769-1860, deutscher Prof. für Geschichte und Dichter)

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzu-

wenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte. ...<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-

Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<

Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,

nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute

Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt.

Das Deutsche Reich

1871-1918



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine halbparlamentarische Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte für das Heer, die Bahn und die Post. Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten, ca. 1 % der deutschen Bevölkerung. Von 1871-1892 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen

Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Regierung; denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/158): >>... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz - weiß - rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2008 über das Deutsche Reich (x887/...): >>Wann war das Dritte Reich?

... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde. ...

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen

Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.

- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.

- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten. Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab.

Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Durch den Vorfrieden von Versailles im Februar 1871 und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß und Teile Lothringens ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach.

Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schrieben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert. Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten.

Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.

(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Nor-

den, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können. Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird. So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.

(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme? Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen. Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützigte Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? - bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Bismarcks Außenpolitik

Für Europa bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine vollständige Veränderung der

bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges im Jahre 1866 und des französisch-preußischen Krieges von 1870/71 das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, veränderte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend.

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung, das sogenannte "Dreikaiserabkommen", das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampfflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.

Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen

Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1877/78 im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens, Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha. Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Persien und Afghanistan sowie gegen China und Japan. Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen im Jahre 1878 Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Am 20. Mai 1882 schlossen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitrug.

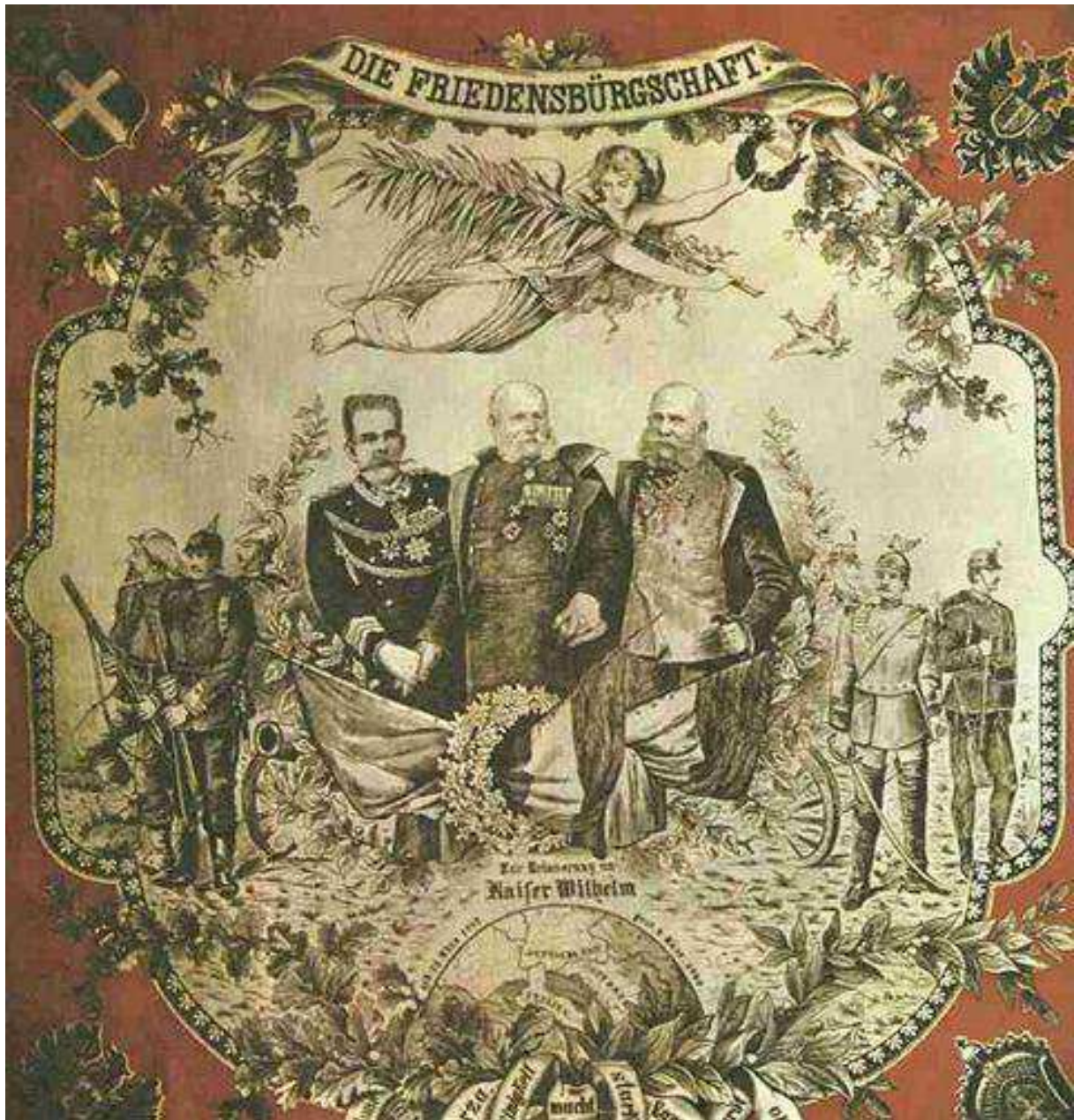


Abb. 42 (x065/324): Die "Friedensbürgschaft" im Dreibund Italien-Deutschland-Österreich von 1882.

Der Dreibund war ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichteten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtete sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verlor nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wurde 1914/15 von Italien gekündigt.

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit - und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage - der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden

möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik in Hinterindien, Nordafrika sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat im Jahre 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein. Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm im Jahre 1887 ihren Anfang und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte im Jahre 1872 ein Verteidigungsbündnis - das sog. Dreikaiserabkommen - zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später (im Juni 2009) über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>... Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? ...

Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte ... mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanpro-

bleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. ...<<

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges von 1870/71, der konsequenten Industrialisierung und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatischen Marktes, begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

Ab 1872 wurden die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert. In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe, wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke. Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige, wie z.B. Arzneimittel, Farbstoffe etc. Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn verbesserten nach 1897 das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfertigung im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl

der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum. Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Bismarcks Innenpolitik

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der 1870 gegründeten katholischen Zentrumsparterie sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo dem XIII., den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes - Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc. - zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen des Marxismus bzw. Sozialismus angenommen hatte und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen: "Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen".

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze - Krankenkassenversicherung im Jahre 1883, Unfallversicherung im Jahre 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung im Jahre 1889 - durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Bismarcks Rücktritt

Kaiser Wilhelm der I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Friedrich der III., der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm des I.

Als Kaiser Friedrich der III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm Wilhelm der II., ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm des I., den Kaiserthron.

Danach waren die Tage des "eisernen Reichskanzlers" gezählt, denn Kaiser Wilhelm der II. war zwar ein gebildeter Mann, aber der 29jährige Kaiser war damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.

Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Als sich Reichs-

kanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil bzw. die "Vormundschaft des Alten" nicht länger zu akzeptieren. Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. fast unehrenhaft entlassen.



Abb. 45 (x145/153): Als 1890 Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Bismarck entließ, veröffentlichte die englische Zeitung "Punch" diese Karikatur "Der Lotse geht von Bord".

Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh - im Sachsenwald bei Hamburg - zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schrieb später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß. Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ... Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Als der "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1998 über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>**Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns**

... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."

1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

Kaiser Wilhelm II.

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde.

Der Diplomat Friedrich von Holstein, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und sogenannte "graue Eminenz", wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich "in dem die Sonne nicht unterging".

Der ehrgeizige deutsche Kaiser war nicht bereit, sich weiterhin von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte zu stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen: "Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser".

Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, wie z.B. die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899, verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich ab-

schlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig unüberlegte Reden und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt mit Serbien verstrickten.

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm der II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich - die sog. "verspätete Nation" - sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen.

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Der deutsche Michel war nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch große Ausdauer, Erfindungsgabe, Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitdenken aus. Der Deutsche liebte vor allem geordnete Verhältnisse, scheute einschneidende Veränderungen und versuchte, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er verhielt sich gegenüber seinen in- und ausländischen Nachbarn gewöhnlich friedfertig und wollte vor allem in Ruhe arbeiten und leben.

Nicht die angeblich angeborene Bössartigkeit und Kriegslüsterheit, sondern Trägheit und vor allem die bleierne Langsamkeit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bössartigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.

Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches

Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht.

Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen und in anderen Bundesstaaten war von 1849 bis 1918 vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer. Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.

Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.

Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Die US-Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, berichtete später (am 28. November 2009) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >> ... Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer - Frauenwahlrecht gab es noch nirgends - seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen ... durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965.

Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. ...

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. ...

Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere

Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.
Andersons Buch "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. ...<<